

## Wirtschaftsperspektiven Deutschland

Am 24. Juni 2003 hat das ifo Institut auf seiner Mitgliederversammlung die neue Konjunkturprognose für Deutschland vorgestellt.<sup>1</sup> Aufgrund des Regierungsbeschlusses, die dritte Stufe der „Steuerreform 2000“ um ein Jahr vorzuziehen, der parteiübergreifenden Übereinkunft zur Reform des Gesundheitswesens und des inzwischen vorliegenden Entwurfs zum Bundeshaushalt 2004 ergab sich jedoch ein gewisser Revisionsbedarf. Die hier vorgestellte Analyse trägt den veränderten finanzpolitischen Rahmendaten sowie den neuesten Ergebnissen des ifo Konjunkturtests Rechnung. Auch wird auf die aktuelle Entwicklung der ostdeutschen Wirtschaft eingegangen.

### Aktuelle Lage: Konjunktur lahmt weiterhin

Die deutsche Konjunktur ist nach wie vor außer Tritt. Das reale Bruttoinlandsprodukt (BIP) hat im Verlauf der ersten sechs Monate nach Schätzungen des ifo Instituts nicht zugenommen; auch im Vorjahresvergleich ergab sich Nullwachstum. Damit stagniert die gesamtwirtschaftliche Produktion bereits mehr als drei Jahre; eine derart langanhaltende Schwächephase hat es seit Beginn der achtziger Jahre nicht gegeben. Nach der *Entstehungsrechnung* hat die Bauproduktion, die durch das strenge Winterwetter in den ersten Monaten des Jahres stark behindert worden war, im Frühjahr saisonbereinigt wieder deutlich angezogen, dagegen ist die Industrieproduktion zuletzt sogar gesunken. Auf der *Verwendungsseite* wurde im Vorjahresvergleich der positive Impuls der Inlandsnachfrage durch den negativen Wachstumsbeitrag der Nettoexporte kompensiert. Von den Komponenten der Binnennachfrage nahm der private Konsum – trotz umfangreicher Anhebung von indirekten Steuern und Sozialabgaben – saisonbereinigt um 1 1/4 % zu. Hierzu trug nicht zuletzt ein leichter Rückgang der Sparquote bei; Angstsparen hat es bisher nicht in nennenswertem Ausmaß gegeben. Erfreulich war auch die Stabilisierung der Ausrüstungsinvestitionen.

Auf dem *Arbeitsmarkt* ist die Situation weiterhin dramatisch. Seit dem letzten Beschäftigungshöhepunkt im Frühjahr 2001 hat sich die Zahl der Erwerbstätigen

um 700.000 oder um 1,8 % verringert. Die Zahl der Arbeitslosen erreichte saisonbereinigt im April 2003 mit 4,45 Mill. einen neuen temporären Höchststand, der leichte Rückgang in den beiden Folgemonaten markiert noch keine Wende. Maßgeblich hierfür waren vielmehr verstärkte Maßnahmen der Arbeitsämter zur Aktivierung von Erwerbslosen. Zuletzt schlug auch der spätere Beginn der Sommerferien zu Buche. Die Arbeitslosenquote (Arbeitslose in % aller zivilen Erwerbspersonen; nach Berechnungen der Bundesanstalt für Arbeit) betrug im Juni 10,6 % (April 10,7 %). Angespannt blieb die Lage am Ausbildungsmarkt; derzeit fehlen knapp 164.000 Ausbildungsplätze.

Der Anstieg der *Lebenshaltungskosten* hat sich – nach dem steuerbedingten Preissprung im Januar – wieder deutlich abgeflacht; im Juli betrug die Inflationsrate 0,9 %, im Mai sogar nur 0,7 %. Maßgeblich für die aus Konsumentensicht außerordentlich vorteilhafte Preisentwicklung waren die importierten Stabilitätsgewinne, die aus der kräftigen Aufwertung des Euro in Verbindung mit wieder etwas niedrigeren Rohölpreisen herrührten. Aber auch für andere Waren und Dienstleistungen zeigte sich die Preisentwicklung bisher außerordentlich vorteilhaft: Die Kerninflationsrate in Abgrenzung des ifo Instituts, bei deren Berechnung u. a. der Einfluss der Preise von Energieträgern ausgeschaltet wird, betrug im Durchschnitt des I. Halbjahres lediglich 0,7 %.<sup>2</sup>

<sup>1</sup> Vgl. W. Nierhaus et al., „ifo Konjunkturprognose 2003/2004: Erholung erst im nächsten Jahr“, in: ifo Schnelldienst 13/2003, 56. Jahrgang, S. 13–38.

<sup>2</sup> Die Preise von Energieträgern (Kraftstoffe, Heizöl sowie Gas) und von Saisonwaren (Fische, Fischwaren, Obst, Gemüse) sind überdurchschnittlich volatil und können die Ergebnisse der Preisstatistik auf kurze Sicht verzerren. Aufgrund der in Deutschland besonders großen Bedeutung von Gütern mit administrierten Preisen schließt das ifo Institut bei der Berechnung der Kerninflationsrate diese Gütergruppe zusätzlich aus.

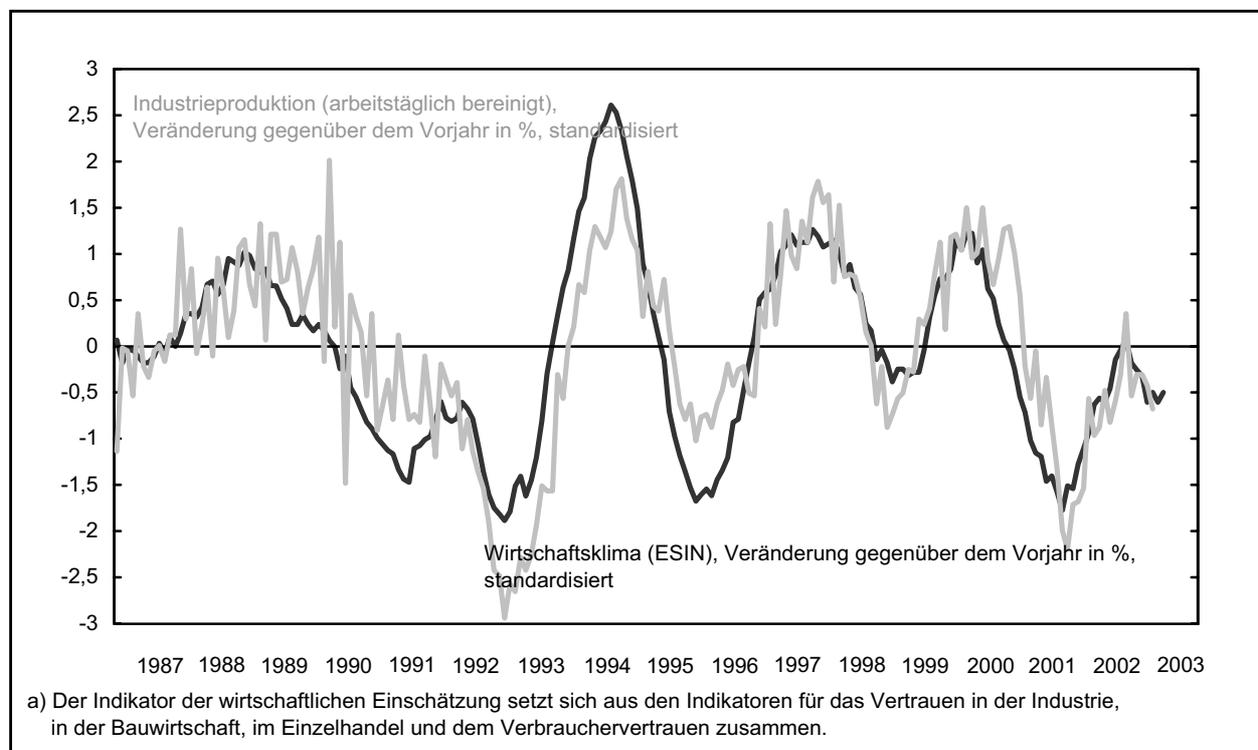
**Weltwirtschaftlicher Ausblick**

Die Weltkonjunktur ist zur Jahresmitte 2003 leicht aufwärtsgerichtet. Zu einer durchgreifenden Erholung ist es bisher aber noch nicht gekommen. Belastend wirkten in den ersten Monaten des Jahres insbesondere die Irak-Krise, der zwischenzeitliche Höhenflug der Erdölpreise, der Ausbruch der Lungenkrankheit SARS sowie die immer noch nicht überwundene Flaute im IT-Sektor. In den USA hat sich der moderate Konjunkturaufschwung bis zuletzt fortgesetzt. Trotz der expansiven monetären Rahmenbedingungen und der anregend wirkenden Finanzpolitik ist das Wachstumstempo der US-Wirtschaft aber zur Zeit immer noch relativ gering. Im I. Quartal 2003 stieg die gesamtwirtschaftliche Produktion, wie schon im Jahresendquartal 2002, mit einer laufenden Jahresrate von nur 1,4 %. Im II. Quartal dürfte das Tempo der Expansion nur wenig höher gewesen sein. In Japan ist die Konjunktur, die nach der Rezession 2001 im vergangenen Jahr temporär in Schwung geraten war,

zum Stillstand gekommen; die expansiven Impulse der Auslandsnachfrage sind wegen der Aufwertung des Yen gegenüber dem US-Dollar und dem Euro sowie der vorwiegend in Südostasien virulent gewordenen Lungenkrankheit SARS ausgefallen.

In der europäischen Währungsunion (EWU) hat die gesamtwirtschaftliche Produktion – den vorliegenden Indikatoren wie Wirtschaftsklima und Industrieproduktion zufolge (vgl. Abb. 1) – im I. Halbjahr 2003 ebenfalls kaum zugenommen, bei verhaltener Binnennachfrage wurde die Auslandsnachfrage vom Wertgewinn des Euro gegenüber den Währungen von Drittländern gedämpft. Aufgrund der nach wie vor überaus niedrigen Realzinsen blieben die monetären Rahmenbedingungen – gemessen am gleichnamigen Indikator – aber immer noch relativ günstig (vgl. Abb. 2). Die Arbeitslosigkeit nahm bis zuletzt saisonbereinigt zu, eine höhere Arbeitslosenquote wurde letztmals im Mai 1999 registriert.

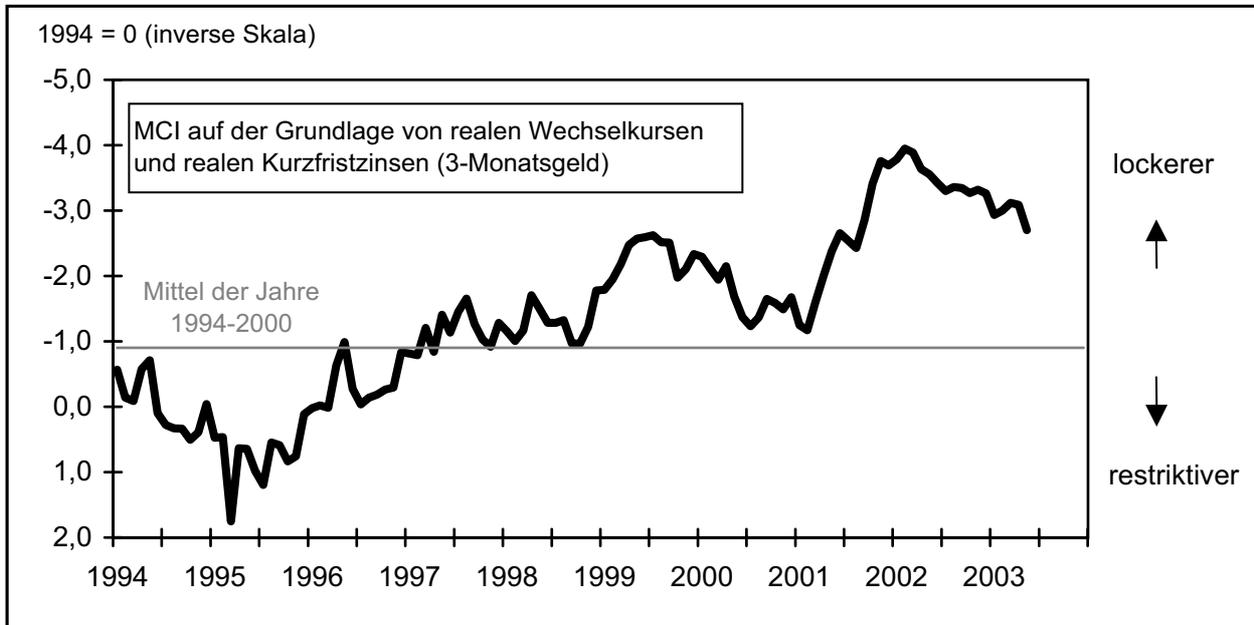
**Abb. 1** Indikator der wirtschaftlichen Einschätzung (ESIN)<sup>a)</sup> und Industrieproduktion im Euroraum



Quellen: Europäische Kommission, Eurostat und Berechnungen des ifo Instituts.

Abb. 2

**Indikator der monetären Bedingungen (Monetary Conditions Index) für den Euroraum  
(Basis: Kerninflationsrate HVPI-EWU)**



Quellen: Europäische Zentralbank, Eurostat, Berechnungen des ifo Instituts.

Für die Weltwirtschaft dürfte es im Prognosezeitraum zu einer Wende zum Besseren kommen, im Jahr 2004 ist eine Erholung zu erwarten. Denn die retardierenden Momente fallen nach und nach weg; die überall deutlich expansive Geldpolitik kann damit ihre stimulierende Wirkung stärker entfalten. Zudem dürften die Erdölpreise sinken, und der Kurs des Euro gegenüber dem US-Dollar steigt noch etwas.

In den USA wird das BIP im laufenden Jahr um 2 1/4 % steigen. Der steuerlich stark angestoßene private

Konsum leistet hierzu den größten Beitrag. Die Bruttoanlageinvestitionen werden vorerst hingegen nur schwach zunehmen, da sich die Unternehmen zunächst noch abwartend verhalten. Der staatliche Konsum wird – wegen der Kriegskosten und der Aufwendungen für den „Heimatschutz“ – nochmals ausgeweitet, allerdings weniger stark als im Vorjahr. Die Exporte gewinnen im Gefolge der weltweiten Konjunkturerholung und der bisherigen Dollarabwertung an Fahrt. Aber auch die Importe steigen kräftig, sodass sich erneut ein negativer Außenbeitrag ergibt.

**Kasten: Weltwirtschaftliche Annahmen der Prognose**

- Der Welthandel expandiert im laufenden Jahr um knapp 4 % und im Jahr 2004 um 6 1/2 %, nach 2 3/4 % im vergangenen Jahr.
- Der Ölpreis liegt im Jahresdurchschnitt 2003 bei 27,5 US-Dollar pro Barrel und im Jahr 2004 bei 26 US-Dollar.
- Der Wechselkurs des Euro gegenüber dem US-Dollar liegt im Prognosezeitraum in einer Spanne zwischen 1,10 und 1,25.
- Die Leitzinsen in den USA und in der Europäischen Währungsunion bleiben im Prognosezeitraum unverändert. An den Aktienmärkten steigen die Notierungen weiter; die Kapitalmarktzinsen ziehen erst im Laufe von 2004 wieder deutlich an.

Im Jahr 2004 dürfte die gesamtwirtschaftliche Produktion mit 3 1/4 % beschleunigt steigen (vgl. Tab. 1). Der private Konsum wird weiter zügig expandieren. Auch die Bruttoanlageinvestitionen werden kräftig ausgedehnt. Der Anstieg der Staatsausgaben flacht sich hingegen ab. Der Abbau der Arbeitslosigkeit wird voraussichtlich nur langsam vorankommen. Dementsprechend wird die Arbeitslosenquote nur wenig sinken; im Jahresdurchschnitt 2004 dürfte sie bei 5,8 % liegen. Der Anstieg der Verbraucherpreise wird mit 2 % nahezu unverändert bleiben.

In Japan setzt die Notenbank ihre Nullzinspolitik fort, unterstützt durch eine reichliche Liquiditätsversorgung. Die Finanzpolitik hat angesichts des Konsolidierungszwangs nur geringe Spielräume. Von dem Steuerreformpaket (mit einem Entlastungsvolumen in Höhe von 14 Mrd. €) gehen nur geringe Investitionsanreize aus. Zur Stützung des Bankensektors und zur Restrukturierung der Wirtschaft werden weiterhin umfangreiche Mittel bereitgestellt. Im Jahresdurchschnitt 2003 wird das BIP allerdings nur um etwa 1 % expandieren, im nächsten Jahr um 1 1/4 %. Der weltwirtschaftliche Aufschwung wirkt erst mit erheblicher Verzögerung auf die Binnennachfrage durch. Der private Konsum wird sich aufgrund der trüben Arbeitsmarktlage und der Erhöhung einzelner Verbrauchs-

steuern weiter nur schwach aufwärts entwickeln. Auch die Bruttoinvestitionen stagnieren, weil die öffentliche Hand ihre Investitionen noch stärker als bisher zurückfährt. Der Export steigt durch den Nachfragesog aus Nordamerika und Südostasien kräftig, während die Importe im Schatten der schleppenden Konjunkturerholung nur langsam zunehmen. Die Deflation setzt sich fort.

Im Euroraum gewinnt die Konjunktur im II. Halbjahr 2003 nur langsam an Schwung; im Jahresergebnis dürfte das reale BIP um 0,5 % expandieren. Kaum stärker – hierauf lässt das stark gedrückte Konsumklima schließen – erhöht sich der private Konsum, obwohl die Reallöhne etwas rascher steigen als im vorigen Jahr. Dämpfend wirken die weitere Verschlechterung auf dem Arbeitsmarkt und die beabsichtigten Einschnitte in das soziale Netz. Auch wurden nur noch in wenigen Ländern Einkommensteuern gesenkt. Der Staatskonsum dürfte als Folge der überwiegend angespannten Haushaltslage verlangsamt ausgeweitet werden. Die Bauinvestitionen werden durch niedrige Zinsen stimuliert. Die Ausrüstungsinvestitionen beleben sich erst gegen Ende des Jahres, da die niedrige Kapazitätsauslastung sowie gedrückte Absatz- und Ertragserwartungen zunächst noch dämpfen. Die Ausfuhr erholt sich im Zuge der

Tab. 1

**Reales Bruttoinlandsprodukt in ausgewählten Regionen der Weltwirtschaft**  
– Veränderungen gegenüber dem Vorjahr in % –

	2001	2002	2003	2004
<b>Industrielländer</b>				
USA	0,3	2,4	2,2	3,2
Japan	0,4	0,1	0,9	1,2
Euroraum	1,4	0,8	0,5	1,7
<b>Schwellenländer</b>				
Mittel- und Osteuropa	2,7	2,5	2,7	3,2
Ostasien <sup>a)</sup>	0,9	4,3	3,5	4,1
Lateinamerika <sup>b)</sup>	0,0	-1,5	1,2	3,0
a) Gewichteter Durchschnitt aus: Hongkong, Singapur, Südkorea, Taiwan, Indonesien, Malaysia, Thailand, Philippinen. - b) Gewichteter Durchschnitt aus: Brasilien, Argentinien, Kolumbien, Venezuela, Chile; jeweils mit dem Bruttoinlandsprodukt von 2001 in US-Dollar.				

allmählich einsetzenden weltwirtschaftlichen Aufwärtsentwicklung, wenn auch gebremst durch die Aufwertung des Euro.

Im Jahre 2004 dürfte die gesamtwirtschaftliche Produktion im Euroraum um  $1\frac{3}{4}$  % steigen. Die zyklischen Kräfte beginnen sich allmählich durchzusetzen, was die Inlandsnachfrage stützt. Das gilt in erster Linie für die Bruttoanlageinvestitionen, und hier insbesondere für die Ausrüstungsinvestitionen. Die langjährige Phase der Bilanzkonsolidierungen und Umstrukturierungen im Unternehmenssektor läuft aus und trägt in Form zunehmender Ertragskraft Früchte. Auch sind die Finanzierungsbedingungen günstig. Zudem verbessern eine zunehmende Auslastung der Kapazitäten sowie optimistischere Absatz- und Ertragsersparungen das Investitionsklima. Auch die Bauinvestitionen nehmen, wenngleich sehr moderat, zu. Der private Konsum gewinnt etwas an Schwung, auch weil ab dem II. Halbjahr 2004 die Beschäftigung zu steigen beginnt. Die Reallöhne nehmen etwa im Ausmaß des Vorjahres zu. Verschiedentlich werden die Einkommensteuern gesenkt, und die verbesserten konjunkturellen Aussichten lassen zudem eine Verringerung der Sparquote erwarten. Die Ausfuhr nimmt im Zuge des weltwirtschaftlichen Aufschwungs spürbar zu, auch weil die dämpfenden Wirkungen der vergangenen kräftigen Aufwertung des Euro allmählich nachlassen. Der Import expandiert in etwa gleichem Tempo, sodass bei weiter verbesserten Terms of Trade in der zusammengefassten Leistungsbilanz wiederum ein Überschuss in der Größenordnung von  $\frac{3}{4}$  % des nominalen BIP resultiert.

### **Ausblick Deutschland: Erholung erst im nächsten Jahr**

Nach Stagnation im I. Halbjahr 2003 lassen die allmähliche Besserung des internationalen konjunkturellen Umfelds und auch die Meldungen der am ifo Konjunkturtest teilnehmenden Firmen einen leichten Anstieg des realen BIP im II. Halbjahr erwarten. So ist im Juli das Geschäftsklima im verarbeitenden Gewerbe, das in Deutschland der „Cycle-maker“ ist, zum dritten Mal in Folge gestiegen. Zwar schätzten die Betriebe ihre aktuelle Situation ungünstiger ein als

im Vormonat, die weiteren Aussichten wurden aber positiver beurteilt. Bei der Einschätzung der Exportchancen hielten sich erneut Optimismus und Pessimismus die Waage. Eine durchgreifende Erholung ist in diesem Jahr noch nicht in Sicht.

Die Produktion der Industrie und auch der Dienstleistungsunternehmen wird in der II. Jahreshälfte 2003 etwas zunehmen und auch die Erholung im Handel dürfte anhalten. Hierzu trägt die Verlängerung der Ladenöffnungszeiten (auf 20 Uhr) an den Samstagen bei, dies zeigen bereits die Umsatzmeldungen für den Monat Juni. Das Baugewerbe wird angeregt durch eine Sonderkonjunktur: Die Ende 2002 einsetzende Diskussion um den Wegfall der Eigenheimzulage hat zu stark steigenden Baugenehmigungen geführt, die nach und nach produktionswirksam werden. Gleichwohl wird die gesamte Wirtschaftsleistung sowohl im Verlauf des Jahres 2003 als auch im Jahresdurchschnitt nur stagnieren (Nullwachstum; vgl. Abb. 3 und Tab. 2).

Im kommenden Jahr wird die Konjunktur wieder stärker werden. Insgesamt dürfte das reale BIP im Verlauf des Jahres 2004 um  $1\frac{3}{4}$  % steigen. Dies ist etwas mehr als die Trendwachstumsrate. Der konjunkturelle Tiefpunkt (gemessen an der Abweichung des BIP vom Trend) wird im II. Quartal 2004 durchschritten. Im Jahresdurchschnitt beläuft sich die Steigerungsrate der gesamtwirtschaftlichen Produktion ebenfalls auf  $1\frac{3}{4}$  %, hiervon ist allerdings reichlich  $\frac{1}{2}$  Prozentpunkt auf die ungewöhnlich große Zahl von Arbeitstagen im Jahr 2004 (vgl. Kasten: Zum Kalendereffekt) zurückzuführen.

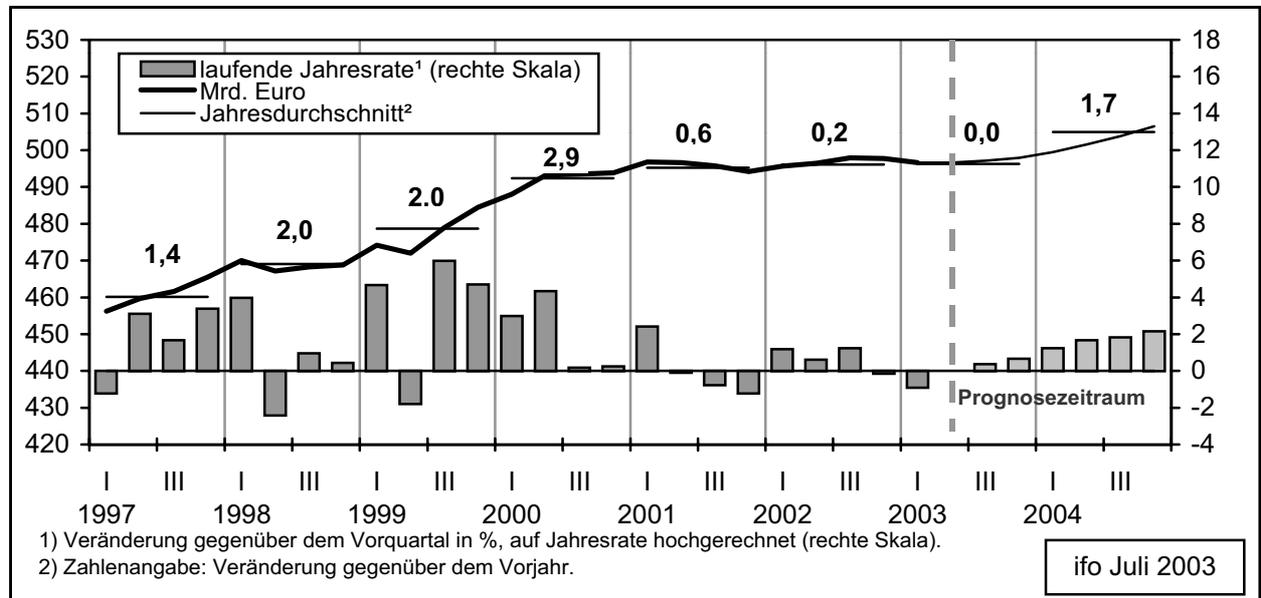
Bei sich bessernder Weltkonjunktur wird die Nachfrage aus dem Ausland Impulse geben, aber auch die zunehmende inländische Investitionstätigkeit wird die Industrieproduktion kräftig anregen, andererseits dürfte angesichts verstärkter Sparanstrengungen des Staates die Wertschöpfung der öffentlichen Dienstleister vermutlich stagnieren. Die privaten Dienstleister profitieren von den umfangreichen steuerlichen Entlastungen der privaten Haushalte. Nach vorübergehender Verbesserung im Jahr 2003 wird die Baukonjunktur allerdings im Jahresverlauf wieder abwärts gerichtet sein.

**Kasten: Binnenwirtschaftliche Annahmen der Prognose**

- Die Tariflöhne in Deutschland erhöhen sich auf Stundenbasis im gesamtwirtschaftlichen Durchschnitt im laufenden Jahr um 2,6 % und im kommenden Jahr um 2,3 %. Die öffentlichen Arbeitgeber werden die neu vereinbarten Öffnungsklauseln im Besoldungsrecht zu spürbaren Absenkungen der Sonderzahlungen (Urlaubsgeld und/oder Weihnachtsgeld) für Beamte nutzen.
- Bei der Finanzpolitik wird von folgenden Maßnahmen ausgegangen:
  - Die Einkommensteuer wird im Rahmen der zweiten und dritten Stufe der „Steuerreform 2000“ in einem Volumen von 22 Mrd. € gesenkt. Zur partiellen Gegenfinanzierung der Steuerausfälle wird die Entfernungspauschale gekürzt, zudem fällt die Eigenheimzulage weg. Außerdem werden Subventionstatbestände bei der Umsatzsteuer abgebaut.
  - Das Gesetz „Brücke zur Steuerehrlichkeit“ (Amnestie für Schwarzgeldsünder) führt durch Gelder, die nach Deutschland zurücktransferiert werden, zu Steuereinnahmen in Höhe von 2 Mrd. €.
  - Im Rahmen der Reform der Gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) ergeben sich für die Kassen Einsparungen durch Leistungseinschränkungen in einer Größenordnung von rund 7 1/2 Mrd. €. Zusätzliche Einnahmen in Höhe von ca. 1,6 Mrd. € stammen aus Beiträgen, die für Versorgungsbezüge und Arbeitseinkommen von Rentnern abgeführt werden müssen. Die Tabaksteuer wird in einem Volumen von 1 Mrd. € angehoben. Die hieraus resultierenden Mehreinnahmen kommen als finanzielle Beteiligung des Bundes an versicherungsfremden Leistungen der GKV zugute. Durch diese Maßnahmen sinkt der durchschnittliche GKV-Beitragssatz von derzeit 14,4 % auf 13,6 %.
  - Die Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe erbringt Einsparungen in Höhe von etwa 1 Mrd. €.
  - In der Gesetzlichen Rentenversicherung bleibt der Beitragssatz im Prognosezeitraum unverändert. Die Anpassung der Altersrenten wird vom 1. Juli 2004 auf den 1. Januar 2005 verschoben. Zudem wird die gesetzliche Schwankungsreserve gesenkt.

Abb. 3

**Reales Bruttoinlandsprodukt in Deutschland**  
 – Saison- und arbeitstäglich bereinigter Verlauf –



Quellen: Statistisches Bundesamt, Berechnungen und Schätzungen des ifo Instituts (Juli 2003).

Tab. 2

## Eckdaten der Prognose für die Bundesrepublik Deutschland

	2002	2003 <sup>1)</sup>	2004 <sup>1)</sup>
<b>Veränderungen in % gegenüber dem Vorjahr<sup>a)</sup></b>			
Private Konsumausgaben	-0,6	1,0	1,9
Konsumausgaben des Staates	1,5	0,5	-1,0
Bruttoanlageinvestitionen	-6,7	-1,3	1,8
Ausrüstungen und sonstige Anlagen	-7,7	0,8	3,8
Bauten	-5,9	-3,0	0,1
Inländische Verwendung	-1,5	0,4	1,6
Exporte	2,6	2,7	4,6
Importe	-2,1	4,3	4,6
Bruttoinlandsprodukt	0,2	0,0	1,7
Westdeutschland und Berlin	0,2	0,0	1,7
Ostdeutschland	-0,2	0,6	1,9
Erwerbstätige <sup>b)</sup> (1.000 Personen)	38.688	38.265	38.205
Westdeutschland und Berlin <sup>b)</sup>	32.948	32.592	32.562
Ostdeutschland <sup>b)</sup>	5.740	5.673	5.643
Arbeitslose (1.000 Personen)	4.060	4.425	4.550
Westdeutschland und Berlin	2.786	3.090	3.200
Ostdeutschland	1.274	1.335	1.350
Arbeitslosenquote <sup>c)</sup> (in %)	9,5	10,4	10,7
Westdeutschland und Berlin	7,9	8,8	9,1
Ostdeutschland	17,1	18,0	18,2
Verbraucherpreise <sup>d)</sup> (Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr)	1,4	1,1	1,3
Lohnstückkosten <sup>e)</sup> (Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr)	0,8	1,2	-0,4
Finanzierungssaldo des Staates <sup>f)</sup>			
- in Mrd. €	-76,2	-76,2	-77,5
- in % des Bruttoinlandsprodukts	-3,6	-3,6	-3,5
1) Prognose des ifo Instituts. - a) In Preisen von 1995. - b) Im Inland. - c) Anteil der Arbeitslosen an den inländischen Erwerbspersonen (Arbeitslose und Erwerbstätige). - d) Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte (1995 = 100). - e) Arbeitnehmerentgelt je Arbeitnehmer im Inland bezogen auf das Bruttoinlandsprodukt in Preisen von 1995 je Erwerbstätigen. - f) In der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung (ESVG '95).			

Quellen: Statistisches Bundesamt, Bundesanstalt für Arbeit, Prognose des ifo Instituts.

### Exporte: Geringe Dynamik

Die Entwicklung im deutschen Außenhandel erwies sich im I. Halbjahr 2003 angesichts der Aufwertung des Euro und der geopolitischen Risiken zu Beginn dieses Jahres noch als relativ robust. Die realen Warenexporte stiegen saisonbereinigt im Verlauf der ersten sechs Monate um 0,4 %. Im Vorjahresvergleich

belief sich die Steigerungsrate in diesem Zeitraum auf 4,4 %.

Entscheidend für die Exportkonjunktur ist neben der Preis- und Wechselkursentwicklung die Wirtschaftsentwicklung bei den wichtigsten Handelspartnern. Insbesondere für die EU-Länder wird hier für das laufende Jahr lediglich eine schwache Konjunkturerho-

**Kasten: Zum Kalendereffekt im Jahr 2004**

Ökonomische Zeitreihen wie das vierteljährliche reale BIP lassen sich gedanklich in verschiedene – empirisch freilich nicht beobachtbare – Bewegungskomponenten zerlegen (Zeitreihenzerlegung). Zu nennen sind die längerfristige Trendkomponente, die mittelfristige zyklische Komponente (Konjunktur), die Saisonkomponente, die Kalenderkomponente und die irreguläre (Rest-) Komponente. Die Effekte unterschiedlicher Monatslängen werden der Saisonkomponente zugeordnet, weil die reine Anzahl der Tage im Monat/Quartal Jahr für Jahr die gleiche ist (mit Ausnahme des Schalttageffektes im Februar/1. Quartal). Auswirkungen der unterschiedlichen Zahl von Wochenend- bzw. Feiertagen und sich verändernder Wochentagsstrukturen werden dagegen der Kalenderkomponente zugeschlagen.

Das Jahr 2004 weist in diesem Zusammenhang eine sehr ungewöhnliche Kalenderkonstellation auf. So fallen vier mindestens regional geltende Feiertage auf einen Sonntag (Mariä Himmelfahrt, 3. Oktober, Reformationstag und 26. Dezember), zwei weitere (1. Mai und 25. Dezember) auf einen Samstag, hinzu kommt der Schalttag. Dies hat zur Folge, dass 3,3 Arbeitstage (1 1/4 %) mehr zur Verfügung stehen als 2003. Nach dem hier verwendeten Verfahren zur Zeitreihenanalyse (Census X-12-ARIMA) geht von der größeren Zahl von Arbeitstagen ein wachstumsfördernder Impuls auf das reale BIP – über ein volles Jahr gerechnet – von knapp 0,6 Prozentpunkten aus. Bei den einzelnen Verwendungsaggregaten des BIP kann der kalendarische Einfluss numerisch größer (Investitionen, Außenhandel) oder auch kleiner sein (privater und öffentlicher Konsum).

lung erwartet, sodass von ihnen vorerst keine kräftige Nachfrage nach deutschen Waren ausgehen wird. Stützende Impulse werden jedoch weiterhin von den mittel- und osteuropäischen Ländern, den ostasiatischen Schwellenländern sowie den Reformländern China und Russland erwartet. Für die USA wird mit einer anziehenden Konjunktur gerechnet, von der allerdings aufgrund der jüngsten Wechselkursanpassung vorerst nur gedämpfte Nachfrageeffekte ausgehen werden. Eine grundsätzliche Verbesserung der weltwirtschaftlichen Entwicklung und eine deutliche Ausweitung des Welthandelsvolumens wird erst für das Jahr 2004 erwartet. Daher wird das deutsche Exportwachstum 2003 – wie schon im vergangenen Jahr – moderat ausfallen. Es wird mit einer durchschnittlichen Wachstumsrate von 2,7 % gerechnet. Für 2004 wird sich der Anstieg bei einer lebhafteren Weltkonjunktur und einer weiterhin durchschnittlichen Wettbewerbsfähigkeit der Exportunternehmen auf 4,6 % belaufen.

Die Rohstoff- und Industriegüterpreise dürften sich im Prognosezeitraum wieder leicht erhöhen; dämpfend wirkt dagegen die Aufwertung des Euro und der unterstellte Rückgang der Ölpreise. Die Terms of Trade werden sich zum dritten Mal in Folge verbessern.

**Ausrüstungsinvestitionen: Vorerst keine Belebung**

Die Nachfrage nach Ausrüstungsgütern hat im Frühjahr 2003 einen Dämpfer erlitten; die Grundlagen für

einen nachhaltigen Aufschwung der Investitionstätigkeit sind noch nicht gegeben. In den Jahren bis 2000 hatten viele Unternehmen unter dem Eindruck von steigenden Renditeerwartungen massiv investiert. Die konjunkturelle Abkühlung ab dem Jahr 2001 erzeugte Überkapazitäten, die zu einem massiven Einbruch der Investitionstätigkeit führten. Die Überkapazitäten dürften zwar inzwischen weitgehend abgebaut sein, das für Deutschland relativ hohe Realzinsniveau hält die Unternehmen aber vorläufig noch von einer deutlichen Ausweitung der Investitionstätigkeit ab. Erst im nächsten Jahr sind im Zuge der verbesserten Absatzperspektiven und einer höheren Kapazitätsauslastung wieder steigende Investitionen zu erwarten. Im Jahresdurchschnitt 2003 ist nur mit einem geringfügigen Anstieg der Ausrüstungsinvestitionen (einschließlich sonstiger Anlagen) um 0,8 % zu rechnen, für das kommende Jahr mit einem Zuwachs von knapp 4 %.

**Bauinvestitionen: Talfahrt setzt sich fort**

Aufgrund des schwachen gesamtwirtschaftlichen Wachstums und der anhaltenden Unterauslastung des Bautenbestandes setzt sich der Schrumpfungsprozess bei den Bauinvestitionen vorerst fort. Betroffen sind davon alle Bausparten.

Im Wohnungsbau wird die negative Grundtendenz seit Ende des vorigen Jahres allerdings durch einen Nachfrageimpuls überlagert, der auf die damals erst-

maling angekündigte Abschaffung der Eigenheimzulage zurückzuführen sein dürfte. Viele Investoren haben sich entschlossen, für die nächsten Jahre geplante Bauvorhaben vorzuziehen, um noch in den Genuss der vollen Förderung zu gelangen. Die Umsetzung der genehmigten Vorhaben dürfte ab dem Frühjahr zu einem Anstieg der Wohnungsbauinvestitionen führen. Wegen des u. a. auch witterungsbedingten kräftigen Rückgangs im I. Quartal wird der Wohnungsbau aber im Jahresdurchschnitt 2003 real noch deutlich (um 3 %) unter dem Niveau des Vorjahres liegen. Der Vorzieheffekt dürfte im nächsten Jahr an Wirksamkeit verlieren, sodass die Bautätigkeit wieder rückläufig sein wird. Das Niveau von 2003 könnte im Jahresdurchschnitt 2004 aber noch um 0,6 % überschritten werden.

Beim Wirtschaftsbau hat sich die Nachfrage seit Mitte des vergangenen Jahres stabilisiert. Bei der verhaltenen gesamtwirtschaftlichen Entwicklung und nach wie vor hohen Leerständen ist im weiteren Verlauf jedoch nicht mit einer Belebung zu rechnen. Im I. Quartal dieses Jahres schrumpfte der Wirtschaftsbau im Gefolge der schlechten Witterung sogar um 4,7 %. Für den Rest des Jahres ist in etwa mit einer Stabilisierung auf dem erreichten Niveau zu rechnen. Damit werden die Wirtschaftsbauinvestitionen im Jahresdurchschnitt 2003 um 3 % unter dem Niveau des Vorjahres liegen. Auch im kommenden Jahr ist keine Belebung des Wirtschaftsbaus zu erwarten. Auf Grund des Basiseffektes im I. Quartals 2004 könnte er im Jahresdurchschnitt aber das Volumen des Jahres 2003 um etwa 1/2 % überschreiten.

Bei den öffentlichen Bauinvestitionen wird sich die Schrumpfungstendenz fortsetzen, da der Konsolidierungsdruck auf die Haushalte der Gebietskörperschaften anhält. Die Zinsverbilligung im Rahmen des KfW-Infrastrukturprogramms wird lediglich eine Umfinanzierung bisher geplanter Investitionen zu günstigeren Konditionen bewirken; die meisten Gemeinden dürfen nämlich angesichts der angespannten Finanzsituation ihre Kreditaufnahme nicht mehr ausweiten. Allenfalls die Beseitigung der Flutschäden wird dem

öffentlichen Bau noch etwas Auftrieb verschaffen. Entlastend könnte auch die Freistellung der Kommunen von ihrem Beitrag zur Finanzierung des Fonds „Aufbauhilfe“ wirken. Für das laufende Jahr ist zu erwarten, dass die öffentlichen Bauinvestitionen im Jahresdurchschnitt um 3,4 % unter dem Niveau des Vorjahres liegen, mit einem Rückgang in ähnlicher Größenordnung (2,8 %) ist auch für das Jahr 2004 zu rechnen.

Alles in allem ist eine Trendwende bei den Bauinvestitionen nicht in Sicht. In diesem Jahr werden sie um 3 % sinken. Im nächsten Jahr werden sie zwar auf Grund von Vorzieheffekten beim Wohnungsbau im Jahresdurchschnitt das Niveau von 2003 halten können, im Verlauf des Jahres werden die negativen Tendenzen aber wieder die Oberhand gewinnen.

#### **Privater Konsum: Fiskalisch beflügelt**

Der private Konsum ist im I. Halbjahr 2003 saisonbereinigt mit einer Rate von 0,6 % gestiegen; im Vorjahresvergleich ergab sich ein Zuwachs von 1,1 %. Maßgeblich hierfür war, dass die verfügbaren Einkommen – trotz umfangreicher Anhebung von indirekten Steuern und Sozialabgaben<sup>3</sup> und dem Rückgang der Beschäftigung – saisonbereinigt spürbar expandierten, nicht zuletzt wegen steigender Selbständigeneinkommen. Auch dürfte die Sparquote leicht gesunken sein.

Im weiteren Jahresverlauf wird die Konsumkonjunktur nur wenig Schwung gewinnen: Zwar nehmen die Effektivlöhne etwas stärker zu als im vergangenen Jahr, der Rückgang des Arbeitsvolumens hält aber weiter an. In der Summe steigen die Bruttolöhne und -gehälter langsamer als im vergangenen Jahr, netto sinken sie sogar. Die monetären Sozialleistungen nehmen stark verlangsamt zu, weil z. B. die Rentenanpassung zur Jahresmitte geringer ausfällt und es – anders als im Jahr 2002, als manche Transfers, wie das Kindergeld, das Wohngeld und die Ausbildungsförderung erhöht wurden – auch zu Leistungseinschränkungen kommt. Allein die Selbständigen- und

<sup>3</sup> Am Jahresanfang stieg in der Gesetzlichen Krankenversicherung der Beitragssatz von durchschnittlich 14,0 auf 14,3 %; in der Rentenversicherung von 19,1 auf 19,5 %. Auch stieg die Beitragsbemessungsgrenze spürbar. Kaufkraftdämpfend wirkte ferner die Anhebung von indirekten Steuern (fünfte Stufe der Ökosteuer, Erhöhung der Tabaksteuer, stärkere Besteuerung von Gas und Nachtstrom).

Vermögenseinkommen werden kräftiger zulegen. Insgesamt werden die verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte nominal um 1,9 % steigen, real um 0,8 %. Bei etwas sinkender Sparquote expandiert der reale Konsum in diesem Jahr um 1,0 %.

Im nächsten Jahr wird der Konsum allerdings verstärkt zunehmen. Die Löhne und Gehälter expandieren brutto um 1,4 %. Die Budgets der privaten Haushalte werden zudem durch die zweite und dritte Stufe der „Steuerreform 2000“ in einem Gesamtvolumen von knapp 22 Mrd. € spürbar entlastet. Der Eingangssteuersatz sinkt um 4,9 Prozentpunkte, der Spitzensteuersatz sogar um 6,5 Prozentpunkte; allerdings beginnt die obere Proportionalzone des Steuertarifs schon bei 52.152 € (vgl. Übersicht 1). Im Zuge der Gesundheitsreform sinkt der durchschnittliche Beitragssatz in der GKV von 14,4 % auf 13,6 %;

die übrigen Beitragssätze zur Sozialversicherung bleiben stabil. Insgesamt werden die Nettolöhne um 4,1 % steigen, nach Stagnation in diesem Jahr. Die monetären Sozialleistungen werden sich nur noch um 1,1 % erhöhen. Die Anpassung der Altersrenten wird verschoben und die Ausgaben für die Arbeitslosigkeit steigen nicht mehr, weil es im Zuge der Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe zu Leistungskürzungen kommt. Insgesamt werden die verfügbaren Einkommen mit 3,3 % beschleunigt expandieren.

Auf die Sparquote wirken im nächsten Jahr entgegengesetzte Effekte: Die Steuerreform spricht für einen Anstieg der Sparquote, da Einkommenszuwächse erfahrungsgemäß nicht in voller Höhe und sofort verausgabt werden, zudem werden durch die steuerlichen Entlastungen Verbraucherschichten mit höherer Sparneigung begünstigt. Gegenzurechnen

Übersicht 1

Steuerliche Maßnahmen der Bundesregierung im Bereich private Haushalte

	1998 <sup>a)</sup>	1999 <sup>a)</sup>	2000 <sup>a)</sup>	2001 <sup>a)</sup>	2002	2003	2004	2005
Grundfreibetrag (in EUR)	6.322	6.681	6.902	7.206	7.235	7.235	7.664	7.664
Eingangssteuersatz (in %)	25,9	23,9	22,9	19,9	19,9	19,9	15,0	15,0
Allgemeiner Spitzensteuersatz (in %)	53,0	53,0	51,0	48,5	48,5	48,5	42,0	42,0
Solidaritätszuschlag (in %)	5,5	5,5	5,5	5,5	5,5	5,5	5,5	5,5
Spitzensteuersatz mit Solidaritätszuschlag (in %)	55,92	55,92	53,81	51,17	51,17	51,17	44,31	44,31
Beginn der oberen Proportionalzone	61.377	61.377	58.643	54.999	55.008	55.008	52.125	52.152
Steuerersparnis <sup>b)</sup> gegenüber 1998 (in EUR) bei einem zu versteuernden Einkommen								
von 15.000 EUR	-	111	283	525	534	534	845	845
von 30.000 EUR	-	72	283	703	707	707	1.193	1.193
von 50.000 EUR	-	22	29	745	751	751	2.095	2.095
nachrichtlich:								
Sparerfreibetrag (in EUR)	3.068	3.068	1.534	1.534	1.550	1.550	1.550	1.550
Kinderfreibetrag <sup>c)</sup> (in EUR)	3.534	3.534	3.534	3.534	3.648	3.648	3.648	3.648
Betreuungsfreibetrag für Kinder unter 16 Jahren <sup>c)</sup> (in EUR)	-	-	1.546	1.546	-	-	-	-
Freibetrag für Betreuung und Erziehung oder Ausbildung <sup>c)</sup> (in EUR)	-	-	-	-	2.160	2.160	2.160	2.160
Kindergeld für das erste und zweite Kind pro Monat (in EUR)	112	128	138	138	154	154	154	154

a) DM-Beträge umgerechnet und auf ganze EUR-Beträge gerundet. - b) Jahreswerte nach Grundtabelle, ohne Berücksichtigung des Solidaritätszuschlags. - c) Unter Anrechnung des Kindergelds.

ist aber, dass erhöhte Zuzahlungen bei Arzneimitteln zu leisten sind und erstmals Praxisgebühren erhoben werden. Auch könnte sich durch die Verlängerung der Ladenöffnungszeiten, die erstmals ein volles Jahr wirksam wird, die Kaufbereitschaft etwas erhöhen. Per saldo wird hier mit einem leichten Anstieg der Sparquote gerechnet. Der private Konsum dürfte damit nominal um 3,2 % zulegen. Real expandieren die Konsumausgaben im Jahresdurchschnitt 2004 um 1,9 %.

### Verbraucherpreise: Moderater Anstieg

Das Preisklima auf der Verbraucherstufe hat sich nach dem steuer- und abgabenbedingten Preissprung zu Jahresanfang (Anhebung der Mineralöl-,

der Strom- sowie der Tabaksteuer) und dem ölpreisbedingten Preisschub im Vorfeld des Irak-Kriegs wieder beruhigt, im Durchschnitt der I. Jahreshälfte 2003 belief sich die Inflationsrate nur auf 1 %.

Die Teuerung wird im Prognosezeitraum moderat bleiben. Die gesunkenen Energiepreise wirken sich vorteilhaft auf die Preise der vorgelagerten Stufen aus, auch dämpft die Aufwertung des Euro. Die Lohnstückkosten steigen im laufenden Jahr zudem kaum stärker als im vergangenen Jahr, auch bleibt die Wettbewerbsintensität im Einzelhandel hoch. Allerdings könnten sich infolge des heißen Sommerwetters in Europa Obst und Gemüse temporär verteuern. Im Jahresdurchschnitt 2003 wird der Verbraucherpreisindex um 1,1 % über dem Niveau des Vorjahres lie-

### Kasten: Wirkungen des Vorziehens der Steuerreform

**Kurzfristige Effekte:** Die auf das Jahr 2004 vorgezogene dritte Stufe der „Steuerreform 2000“ sieht eine steuerliche Entlastung der Lohn- und Einkommensbezieher in Höhe von rund 15 Mrd. € vor. Legt man – modelltheoretisch – das Konsumverhalten der vergangenen zwanzig Jahre zu Grunde, dann ist damit zu rechnen, dass die Haushalte kurzfristig etwa 80 Cent von jedem zusätzlichen Euro ausgeben (marginale Konsumquote). Ausgehend von dieser Annahme dürfte die Steuerentlastung des nächsten Jahres die Wachstumsrate des privaten Konsums um rund einen Prozentpunkt erhöhen. Der zusätzliche Konsum steigert jedoch auch die Importe, sodass das BIP im Jahresdurchschnitt 2004 nur um etwa 0,3 % zusätzlich expandiert. Da sich die konjunkturellen Wirkungen der Steuerentlastung nach der hier vorgelegten Modellrechnung erst nach und nach entfalten werden, ist für das I. Halbjahr 2004 nur mit einem Wachstumsimpuls von etwa 0,2 Prozentpunkten zu rechnen, für das II. Halbjahr mit einem Impuls von 0,4 Prozentpunkten. Dieser auf der Basis unserer Modellannahmen berechnete Wachstumsimpuls ist etwas geringer als die von der Bundesregierung veranschlagten 0,5 Prozentpunkte. Das zusätzliche Wirtschaftswachstum induziert Mehreinnahmen im staatlichen Sektor, weil sich die Bemessungsgrundlage für Steuern und Sozialbeiträge erhöht. Die Bundesregierung rechnet mit 2,5 Mrd. € Mehreinnahmen, nach der hier präsentierten Modellanalyse könnten es bis zu 3 Mrd. € werden. Das Finanzierungsdefizit des Staates dürfte sich damit ceteris paribus um rund 12 Mrd. € erhöhen. Mögliche „Gegenfinanzierungen“ sind in dieser Modellrechnung allerdings nicht berücksichtigt.

**Die mittelfristige Perspektive:** Das Vorziehen der dritten Stufe der „Steuerreform 2000“ wird allerdings weniger unter kurzfristig konjunkturellen Gesichtspunkten als unter strukturellen Aspekten befürwortet. Hier ergeben sich die positiven Wirkungen einmal aus der Notwendigkeit, zur Gegenfinanzierung Staatsausgaben (und hier insbesondere die Subventionen) zu senken, was die Allokation verbessert. Zudem könnten auf mittlere Sicht positive Beschäftigungseffekte ausgelöst werden. Die für das Jahr 2004 vorgesehene Steuerentlastung ist allerdings zu gering, um nennenswerte Beschäftigungswirkungen auslösen zu können. Um mittelfristig mehr Beschäftigung zu ermöglichen, müsste nicht nur die Steuerentlastung höher sein, sondern vor allem müsste auch eine massive Senkung der Sozialbeiträge vorgenommen werden, die den größeren Teil der Lohnnebenkosten darstellen. Ein zentraler Schwachpunkt des deutschen Arbeitsmarktes ist, dass der Keil zwischen dem, was der Arbeitgeber für den Produktionsfaktor Arbeit zahlt und dem, was der Arbeitnehmer netto bekommt, zu groß ist. Durch diesen Keil entsteht ein Schwellenwert für die Arbeitslosenquote (NAIRU<sup>4</sup>), der die strukturelle Arbeitslosigkeit markiert, und der durch eine Zunahme der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage nicht gesenkt werden kann. Um die NAIRU mittelfristig zu verringern, ist – neben einer stärkeren Flexibilisierung des Arbeitsmarktes – eine Verminderung der Abgabenlast auf den Faktor Arbeit notwendig.

<sup>4</sup> NAIRU steht für Non-Accelerating Inflation Rate of Unemployment (inflationstabile Arbeitslosenquote). Ist die tatsächliche Arbeitslosenquote kleiner (größer) als die NAIRU, dann sollte die Inflationsrate steigen (sinken).

gen. Im nächsten Jahr wird die wieder bessere Konsumkonjunktur die Preiserhöhungsspielräume etwas vergrößern. Zudem steigt die Tabaksteuer und die Zuzahlungen für Medikamente werden deutlich erhöht. Hingegen ist bis jetzt keine weitere Stufe der ökologischen Steuerreform geplant. Insgesamt dürfte sich die Teuerung im Jahresdurchschnitt 2004 auf 1,3 % belaufen.

### **Lage auf dem Arbeitsmarkt: Weitere Verschlechterung**

Die Lage auf dem deutschen Arbeitsmarkt hat sich seit Frühjahr 2001 nahezu kontinuierlich verschlechtert. In den ersten Monaten des laufenden Jahres hat sich die Entwicklung sogar noch verschärft. Die Erwerbstätigenzahl sank beschleunigt, die Zahl der Arbeitslosen hat nun fast wieder den bisherigen Höchststand von Ende 1997 erreicht. Besonders stark war der Beschäftigungsrückgang im Baugewerbe und den anderen produzierenden Wirtschaftsbereichen; eine neue Erfahrung ist aber, dass auch im Dienstleistungssektor per saldo Arbeitsplätze abgebaut wurden. Der Tiefpunkt der Arbeitsmarktentwicklung ist damit aber noch nicht erreicht. Angesichts einer zunächst mehr oder weniger stagnierenden Wirtschaft und einer bis zuletzt sinkenden Anzahl offener Stellen wird die Erwerbstätigkeit bis weit ins Jahr 2004 hinein noch sinken. Der Rückgang wird sich aber ab dem Sommer wegen verschiedener arbeitsmarktpolitischer Neuregelungen und Entlastungen bei den Lohnnebenkosten erheblich abflachen. Zu nennen sind hier die Förderung der „Ich-AGs“, der Aufbau der Personal-Service-Agenturen (PSA), die neuen Bestimmungen zu den geringfügigen Beschäftigungsverhältnissen und die Verpflichtung für Arbeitnehmer, sich nach der Kündigung frühzeitig beim Arbeitsamt zu melden, was wegen einer – zumindest vorübergehend – schnelleren Besetzung offener Stellen zu steigender Erwerbstätigkeit und sinkender Arbeitslosigkeit führt. Zum Jahresbeginn 2004 wird die Senkung der Beitragssätze in der GKV zu einer spürbaren Verminderung der Lohnnebenkosten führen. Dennoch dürften sich erst etwa ab Mitte kommenden Jahres Entlassungen und Neueinstellungen die Waage halten, danach wird die Beschäftigung wieder moderat zunehmen. Im Jahresdurchschnitt

2003 wird die Erwerbstätigenzahl um rund 425.000 (1,1 %) niedriger sein als im Vorjahr und im nächsten Jahr nochmals um 60.000 sinken.

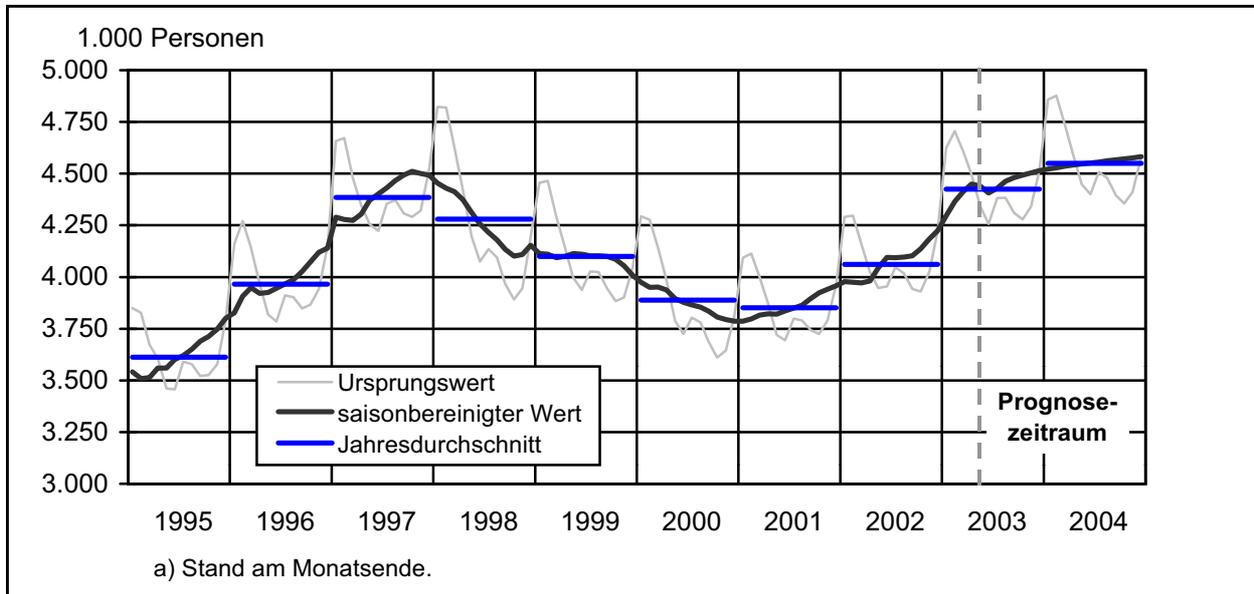
Die Zahl der Arbeitslosen ist – saisonbereinigt – im Mai und im Juni 2003 zusammengenommen um 43.000 gesunken, nachdem sie seit Herbst vorigen Jahres durchschnittlich um 50.000 monatlich gestiegen war. Das zeigt aber noch keine Trendwende an: Zum einen war die Entwicklung beeinflusst vom Aufbau neuer arbeitsmarktpolitischer Instrumente und von der untypischen Lage der Ferientermine, zum anderen deuten andere Indikatoren wie die steigende Kurzarbeiterzahl und die sinkende Zahl an gemeldeten Stellen auf eine weiter zunehmende Unterbeschäftigung hin. Allerdings wird die Arbeitslosenzahl in den kommenden Monaten deutlich langsamer als in den Wintermonaten steigen. Ein Wendepunkt der Entwicklung wird bis zum Ende des Prognosezeitraums nicht erwartet, weil die Erwerbstätigkeit noch bis etwa zur Jahresmitte 2004 sinkt und weil das Arbeitskräfteangebot wächst (vgl. Abb. 4). Im Jahresdurchschnitt 2003 dürfte die Arbeitslosenzahl um 365.000 auf 4,425 Mill. steigen und im kommenden Jahr weiter auf 4,55 Mill. Die Arbeitslosenquote – bezogen auf alle inländischen Erwerbspersonen – beläuft sich dann auf 10,7 %, den höchsten Stand seit der Wiedervereinigung.

### **Öffentliche Haushalte: Defizitgrenze wird auch 2004 überschritten**

Im Jahr 2003 verfehlt Deutschland wie schon im Vorjahr die für die Euro-Länder festgesetzte Obergrenze des gesamtstaatlichen Defizits. Trotz der zahlreichen Erhöhungen von Steuern und Sozialbeiträgen steigen die Einnahmen des Staates mit 2,5 % nur wenig schneller als die Ausgaben, sodass sich der Fehlbetrag wie 2002 auf 76 Mrd. € (3,6 % des BIP) beläuft.

Auf der Ausgabenseite steigen vor allem die monetären Sozialleistungen kräftig (2,9 %) und auch die sozialen Sachleistungen expandieren spürbar (2,2 %). Ersteres resultiert in erster Linie aus den zusätzlichen Aufwendungen für die höhere Arbeitslosigkeit, letzteres aus den nur leicht verlangsamt wachsenden Ausgaben im Gesundheitswesen. Obwohl das Zinsniveau nochmals gesunken ist, dürften erstmals seit

Abb. 4

Entwicklung der Arbeitslosigkeit<sup>a)</sup> in Deutschland

Quellen: Statistisches Bundesamt, Berechnungen und Schätzungen des ifo Instituts (Juli 2003).

dem Jahr 1998 auch wieder die staatlichen Zinsaufwendungen steigen, weil der Schuldenstand im letzten Jahr deutlich zugenommen hat. Die Staatsquote (Anteil der Staatsausgaben am nominalen BIP) erhöht sich um einen knappen halben Prozentpunkt auf 49,0 % und damit auf ein Niveau, das nur in den Jahren 1993 bis 1997 übertroffen wurde (vgl. Abb. 5).

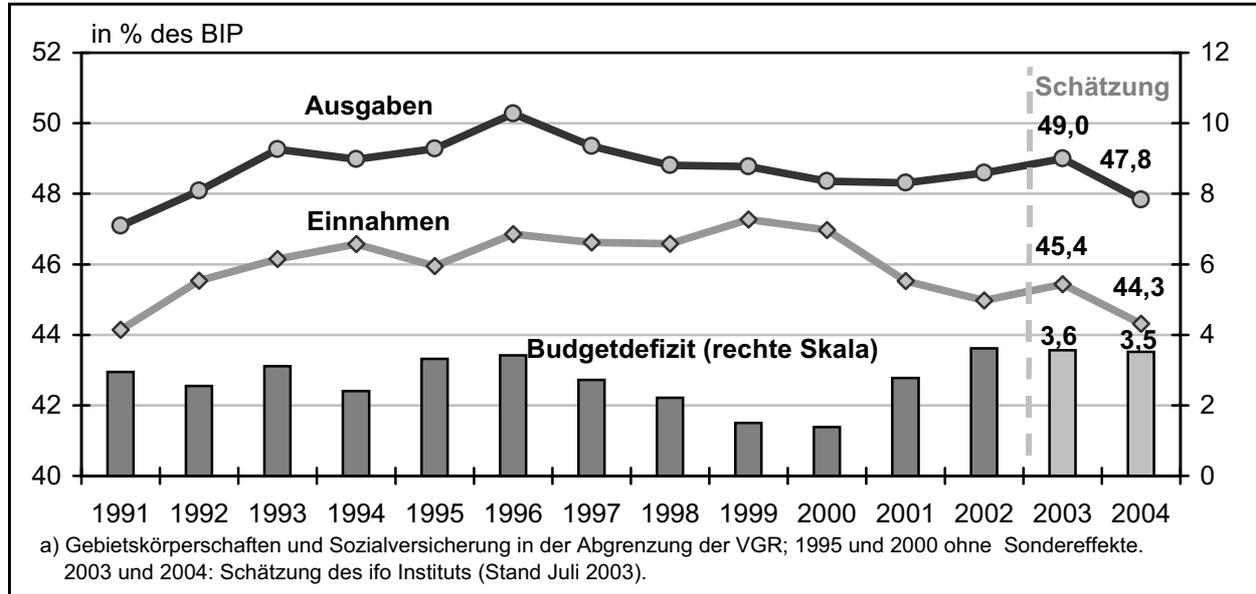
Im Jahr 2004 treten simultan die zweite und die dritte Stufe der „Steuerreform 2000“ in Kraft. Dadurch werden die Steuerzahler um etwa 22 Mrd. € entlastet (vgl. Übersicht 2). Außerdem steht eine Reform der GKV bevor, durch die hier zusätzliche Einnahmen in Höhe von 2 1/2 Mrd. € und geringere Ausgaben von 7 1/2 Mrd. € erwartet werden; der durchschnittliche Beitragssatz dürfte um 0,8 Prozentpunkte auf 13,6 % sinken. Daneben sind weitere Schritte zur Reform des Arbeitsmarktes geplant, z. B. die Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe, wodurch Einsparungen in Höhe von etwa 1 Mrd. € erzielt werden. Bei der Gesetzlichen Rentenversicherung soll eine – wegen der Finanzentwicklung im laufenden Jahr eigentlich nötige – Beitragssatzanhebung durch eine

Absenkung der gesetzlichen Schwankungsreserve und Minderausgaben verhindert werden. Insbesondere dürfte die Rentenanpassung auf den Januar 2005 verschoben werden. Zum Ausgleich des Haushalts der Bundesanstalt für Arbeit wird erneut ein Bundeszuschuss nötig sein, er dürfte sich auf eine Größenordnung von 6 Mrd. € belaufen. Schließlich ist damit zu rechnen, dass die öffentlichen Arbeitgeber die neu vereinbarten Öffnungsklauseln im Besoldungsrecht zu spürbaren Absenkungen der Sonderzahlungen (Urlaubsgeld und/oder Weihnachtsgeld) für Beamte nutzen werden.

Unter diesen Rahmenbedingungen dürften die gesamten staatlichen Einnahmen im Jahr 2004 nur schwach steigen (0,5 %). Auch die Zuwachsrate der Ausgaben (0,6 %) ist erheblich geringer als die des nominalen BIP (3 %), sodass die Staatsquote auf das niedrigste Niveau seit mehr als zehn Jahren fällt. Die Defizitquote sinkt leicht auf 3,5 % des BIP. Um das Defizitkriterium für die Euro-Länder zu erfüllen, müssten nach der hier vorgelegten Schätzung etwa 12 Mrd. € zusätzlich eingespart werden.

Abb. 5

Einnahmen, Ausgaben und Budgetdefizit des Staates<sup>a)</sup>



Quellen: Statistisches Bundesamt, Berechnungen des ifo Instituts.

Übersicht 2

Finanzielle Auswirkungen der unterstellten finanzpolitischen Maßnahmen im Jahr 2004 im Vergleich zum Jahr 2003

	Mrd. EUR
<b>Einnahmen des Staates</b>	<b>-21,3</b>
<b>Steuern</b>	<b>-16,9</b>
2. Stufe der Steuerreform 2000	-6,5
Vorziehen der 3. Stufe der Steuerreform 2000	-15,4
Anhebung der Tabaksteuer	1,0
Steueramnestie für Schwarzgeldsünder	2,0
Subventionsabbau bei der Umsatzsteuer	0,6
Kürzung der Entfernungspauschale	1,2
Wegfall der Eigenheimzulage	0,2
<b>Sozialversicherungsbeiträge</b>	<b>-4,4</b>
Krankenversicherung	-4,4
Zusätzliche Einnahmen für Versorgungsbezüge und Arbeitseinkommen von Rentnern	1,6
Absenkung des Beitragssatzes um 0,8 Prozentpunkte	-6,0
<b>Ausgaben des Staates</b>	<b>-12,1</b>
Arbeitnehmerentgelte im öffentlichen Dienst	-2,5
Nutzung von Öffnungsklauseln im öffentlichen Dienst	-2,5
Soziale Sachleistungen	-7,0
Ausgabenkürzung bei der Gesetzlichen Krankenversicherung	-7,0
Montäre Sozialleistungen	-2,6
Wegfall des Sterbegeldes	-0,4
Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe	-1,0
Verschiebung der Rentenanpassung	-1,0
Höhere Einkommensgrenzen für den Bezug von Erziehungsgeld	-0,2
<b>Saldo</b>	<b>-9,2</b>

Quellen: Angaben der Bundesregierung sowie Berechnungen und Schätzungen des ifo Instituts.

**Exkurs Ostdeutschland**

**Produktion steigt stärker als im Westen**

Die gesamtwirtschaftliche Produktion in Ostdeutschland (neue Bundesländer ohne Berlin) hat sich in den vergangenen Jahren sehr unbefriedigend entwickelt. Letztmals im Jahr 1999 war hier das Wirtschaftswachstum größer als im Westen (einschließlich Berlin). Insbesondere die Anpassungskrise in der ostdeutschen Bauwirtschaft sorgte seither dafür, dass sich die Schere zwischen beiden Landesteilen wieder öffnete, denn in allen Wirtschaftsbereichen ohne das Baugewerbe stieg die reale Bruttowertschöpfung von 1999 bis 2002 mit durchschnittlich 2,4 % p. a. etwas schneller als in den alten Ländern (2,1 % p. a.) – einschließlich Baugewerbe betragen die durchschnittlichen Veränderungsrate der Bruttowertschöpfung in diesem Zeitraum dagegen 0,9 % bzw. 1,8 %.

Im Jahr 2003 dürfte das reale BIP in den neuen Bundesländern um 0,6 % steigen, im Jahr 2004 um 1,9 %. In Westdeutschland (einschließlich Berlin) stagniert hingegen die reale Produktion im laufenden Jahr; im nächsten Jahr könnte sich das Wachstumstempo

auf 1,7 % belaufen (vgl. Tab. 3). Maßgeblich hierfür ist einmal, dass das ostdeutsche verarbeitende Gewerbe im Prognosezeitraum, wie schon in den vergangenen Jahren, im Vergleich zu Westdeutschland weit überdurchschnittlich expandieren dürfte. Hier wird mit einer Zunahme der Bruttowertschöpfung um 5 % (2003) und um 7,5 % (2004) gerechnet. Hinzu kommt, dass, anders als in den Vorjahren, die Bautätigkeit nicht mehr so stark bremst, um die Wertschöpfung im gesamten produzierenden Gewerbes nach unten ziehen zu können. Die Beseitigung der umfangreichen Flutschäden lässt das Minus bei der Bauproduktion mit 6 % in diesem und 3 % im kommenden Jahr wesentlich geringer als in den vergangenen Jahren ausfallen. Die Ausbringung im produzierenden Gewerbe steigt damit im Jahr 2003 um 1,5 % und im Jahr 2004 sogar um knapp 4 %. Angesichts der verstärkten Konsolidierungsanstrengungen der öffentlichen Hand wird die Beschäftigung im Bereich öffentliche und private Dienstleister beschleunigt sinken, deshalb ist in diesem Sektor im Prognosezeitraum ein verstärkter Rückgang der Wertschöpfung zu erwarten. Hingegen werden die umfangreichen steuerlichen Entlastungen im Jahr

Tab. 3

**Entstehung des Bruttoinlandsprodukts in West- und Ostdeutschland**  
– Nach Wirtschaftsbereichen –

Bruttowertschöpfung und Bruttoinlandsprodukt in Preisen von 1995	2002			2003			2004		
	Dtld.	West <sup>a)</sup>	Ost <sup>b)</sup>	Dtld.	West <sup>a)</sup>	Ost <sup>b)</sup>	Dtld.	West <sup>a)</sup>	Ost <sup>b)</sup>
	Veränderung gegenüber Vorjahr in %								
Land- und Forstwirtschaft; Fischerei	-1,3	-0,1	-5,4	-0,2	-0,1	-0,4	0,4	0,2	0,1
Produzierendes Gewerbe	-1,2	-1,3	-0,6	0,2	0,0	1,5	3,1	3,0	3,9
darunter: Verarbeitendes Gewerbe	-0,3	-0,8	4,4	0,9	0,5	5,0	4,2	3,9	7,5
Baugewerbe	-5,8	-4,9	-9,8	-4,5	-4,1	-6,0	-0,9	-0,4	-3,0
Handel, Gastgewerbe und Verkehr	1,2	1,1	1,7	0,8	0,7	1,8	2,7	2,6	3,7
Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleister	1,7	1,8	1,6	0,4	0,3	1,3	1,9	1,9	2,3
Öffentliche und private Dienstleister	1,2	1,5	-0,5	-0,1	0,0	-0,7	-0,2	-0,1	-0,9
Bruttowertschöpfung aller Wirtschaftsbereiche	0,7	0,7	0,3	0,3	0,2	0,9	2,0	1,9	2,2
Bruttoinlandsprodukt	0,2	0,2	-0,2	0,0	0,0	0,6	1,7	1,7	1,9

a) Früheres Bundesgebiet einschließlich Berlin. - b) Neue Bundesländer ohne Berlin.

Quellen: Statistisches Bundesamt, Arbeitskreis Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder, Berechnungen und Schätzungen des ifo Instituts.

2004 die Nachfrage bei den mehr konsumorientierten Dienstleistungssparten spürbar erhöhen.

**Arbeitsmarkt bleibt desolat**

Im Prognosezeitraum verschlechtert sich die Lage auf dem Arbeitsmarkt in den neuen Bundesländern weiter, die Erwerbstätigenzahl wird im Jahr 2004 den niedrigsten Wert seit der Wiedervereinigung erreichen, die Arbeitslosigkeit den höchsten Wert.

Besonders im Baugewerbe gehen erneut Arbeitsplätze verloren. Aber auch die öffentlichen und privaten Dienstleister reduzieren weiter ihre Belegschaften. Der einzige große Wirtschaftssektor, in dem die Beschäftigung durchgehend ausgeweitet wird, ist der Bereich Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleister. Im Sektor Handel und Verkehr wird der negative Trend der vergangenen drei Jahre 2004 gestoppt. Insgesamt sinkt die Erwerbstätigenzahl im Inland im Jahresdurchschnitt 2003 um 1,2 % und im Jahresdurchschnitt 2004 um 0,5 % (vgl. Tab. 4).

Die Zahl der Arbeitslosen in Ostdeutschland (ohne Berlin) hat sich im bisherigen Jahresverlauf sehr ungünstig entwickelt. Auch wenn man Sondereffekte in den letzten Monaten wie den Arbeitskampf in der Metall- und Elektroindustrie sowie die Verschiebung der Ferientermine berücksichtigt, bleibt die negative Tendenz bestehen. Im Durchschnitt des Jahres 2003 dürfte die Zahl der registrierten Arbeitslosen in den neuen Bundesländern 1,36 Mill. betragen; sie wird damit um rund 60.000 höher sein als im vergangenen Jahr (vgl. Tab. 5).

Trotz der zunehmenden Belegung der Produktionstätigkeit wird die Arbeitslosenzahl im Jahresdurchschnitt 2004 nochmals steigen und zwar um ca. 15.000. Dies liegt aber an der ungünstigen Ausgangslage zum Jahreswechsel, im Verlauf des nächsten Jahres ist – auch angesichts des nach wie vor rückläufigen Erwerbspotenzials – mit einer leichten Entspannung zu rechnen.

Wolfgang Nierhaus, Wolfgang Meister und  
Jan-Egbert Sturm<sup>5</sup>  
Abgeschlossen am 28. Juli 2003

Tab. 4

**Erwerbstätigkeit in West- und Ostdeutschland**  
– Nach Wirtschaftsbereichen –

	2002			2003			2004		
	Dtld.	West <sup>a)</sup>	Ost <sup>b)</sup>	Dtld.	West <sup>a)</sup>	Ost <sup>b)</sup>	Dtld.	West <sup>a)</sup>	Ost <sup>b)</sup>
	Veränderung gegenüber Vorjahr in %								
Land- und Forstwirtschaft; Fischerei	-0,5	0,1	-3,0	-0,5	0,1	-2,8	-0,5	-0,4	-1,1
Produzierendes Gewerbe	-3,1	-2,8	-4,5	-2,5	-2,4	-3,0	-0,8	-0,6	-1,9
darunter: Verarbeitendes Gewerbe	-2,1	-2,4	0,3	-1,7	-1,9	-0,5	-0,2	-0,3	0,1
Baugewerbe	-6,3	-4,6	-10,9	-5,1	-4,4	-6,9	-2,3	-1,3	-5,0
Handel, Gastgewerbe und Verkehr	-0,2	-0,1	-0,8	-0,6	-0,6	-0,5	0,4	0,4	0,3
Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleister	0,6	0,6	0,8	-0,9	-1,1	0,2	0,4	0,3	1,1
Öffentliche und private Dienstleister	0,9	1,2	-0,3	-0,3	-0,3	-0,5	-0,3	-0,3	-0,6
Alle Wirtschaftsbereiche	-0,6	-0,4	-1,6	-1,1	-1,1	-1,2	-0,2	-0,1	-0,5

a) Früheres Bundesgebiet einschließlich Berlin. - b) Neue Bundesländer ohne Berlin.

Quellen: Statistisches Bundesamt, Arbeitskreis Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder, Berechnungen und Schätzungen des ifo Instituts.

<sup>5</sup> Unter Mitarbeit von W. Gerstenberger, E. Langmantel und M. Ruschinski.

Tab. 5

## Arbeitsmarktentwicklung in West und Ostdeutschland

	2002			2003			2004		
	Dtld.	West <sup>a)</sup>	Ost <sup>b)</sup>	Dtld.	West <sup>a)</sup>	Ost <sup>b)</sup>	Dtld.	West <sup>a)</sup>	Ost <sup>b)</sup>
Erwerbstätige im Inland (1.000 Pers.)	38.688	32.948	5.740	38.265	32.592	5.673	38.205	32.562	5.643
Pendlersaldo (1.000 Pers.) <sup>c)</sup>	-62	-477	415	-62	-482	420	-62	-475	413
Erwerbstätige Inländer (1.000 Pers.)	38.626	32.471	6.155	38.203	32.110	6.093	38.143	32.087	6.056
Arbeitslose (1.000 Pers.)	4.060	2.786	1.274	4.425	3.090	1.335	4.550	3.200	1.350
Arbeitslosenquote <sup>d)</sup> (in %)	9,5	7,9	17,1	10,4	8,8	18,0	10,7	9,1	18,2
a) Früheres Bundesgebiet einschließlich Berlin. - b) Neue Bundesländer ohne Berlin. - c) Ab 2002 geschätzt. - d) Arbeitslose in % der inländischen Erwerbspersonen (Erwerbstätige Inländer plus Arbeitslose).									

Quellen: Statistisches Bundesamt, Arbeitskreis Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder, Berechnungen und Schätzungen des ifo Instituts.

**BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND**

**Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung**

Vorausschätzung für die Jahre 2003 und 2004

	2002 (1)	2003 (2)	2004 (2)	2003		2004 (2)	
				1.Hj (2)	2.Hj (2)	1.Hj	2.Hj

**Entstehung des Inlandsprodukts**

Veränderung in % gegenüber Vorjahr

Zahl der Erwerbstätigen	-0.6	-1.1	-0.2	-1.3	-0.9	-0.3	0.0
Arbeitszeit	-0.5	-0.3	-1.0	-0.3	-0.4	-0.6	-1.3
Arbeitsstage 3)	0.0	0.1	1.2	-0.2	0.4	0.8	1.7
Arbeitsvolumen	-1.0	-1.3	0.1	-1.8	-0.9	-0.2	0.3
Produktivität 4)	1.2	1.4	1.7	1.9	1.0	1.6	1.7
<b>Bruttoinlandsprodukt in Preisen von 1995</b>	0.2	0.0	1.7	0.1	0.0	1.4	2.0

**2. Verwendung des Inlandsprodukts in jeweiligen Preisen**

a) Mrd. EUR

Konsumausgaben	1644.7	1677.5	1714.1	815.1	862.4	833.5	880.6
Private Konsumausgaben 5)	1241.9	1268.7	1309.2	619.5	649.3	638.4	670.9
Konsumausgaben des Staates	402.8	408.8	404.9	195.7	213.1	195.2	209.8
Anlageinvestitionen	387.8	383.2	392.0	181.1	202.1	187.1	204.9
Ausrüstungen und sonstige Anlagen	175.0	176.4	184.3	83.7	92.7	86.7	97.6
Bauten	212.8	206.8	207.7	97.4	109.4	100.4	107.3
Vorratsveränderungen 6)	-7.3	-6.8	-1.0	8.0	-14.8	7.5	-8.5
Inländische Verwendung	2025.2	2053.9	2105.1	1004.3	1049.7	1028.1	1077.0
Außenbeitrag	83.0	84.2	97.5	41.0	43.2	49.6	47.9
Exporte	748.3	766.9	809.8	379.3	387.6	393.6	416.2
Importe	665.2	682.6	712.3	338.3	344.4	344.0	368.3
<b>Bruttoinlandsprodukt</b>	2108.2	2138.1	2202.6	1045.3	1092.8	1077.7	1124.9

b) Veränderung in % gegenüber Vorjahr

Konsumausgaben	1.2	2.0	2.2	1.9	2.0	2.3	2.1
Private Konsumausgaben 5)	0.8	2.2	3.2	2.1	2.2	3.1	3.3
Konsumausgaben des Staates	2.4	1.5	-0.9	1.4	1.5	-0.3	-1.6
Anlageinvestitionen	-6.9	-1.2	2.3	-3.3	0.8	3.3	1.4
Ausrüstungen und sonstige Anlagen	-7.9	0.8	4.5	-0.9	2.3	3.6	5.3
Bauten	-6.0	-2.8	0.4	-5.4	-0.3	3.0	-1.9
Inländische Verwendung	-0.4	1.4	2.5	1.3	1.5	2.4	2.6
Exporte	2.9	2.5	5.6	4.0	1.1	3.8	7.4
Importe	-3.4	2.6	4.3	4.7	0.7	1.7	6.9
<b>Bruttoinlandsprodukt</b>	1.8	1.4	3.0	1.2	1.6	3.1	2.9

**3. Verwendung des Inlandsprodukts in Preisen von 1995**

a) Mrd. EUR

Konsumausgaben	1512.9	1526.5	1544.2	749.0	777.5	757.5	786.7
Private Konsumausgaben 5)	1124.3	1136.1	1157.8	556.1	580.0	565.6	592.2
Konsumausgaben des Staates	388.5	390.4	386.4	192.9	197.5	192.0	194.5
Anlageinvestitionen	391.3	386.3	393.3	182.9	203.3	187.8	205.5
Ausrüstungen und sonstige Anlagen	177.0	178.4	185.2	85.1	93.4	87.3	97.9
Bauten	214.3	207.9	208.1	97.9	110.0	100.5	107.6
Vorratsveränderungen 6)	-13.9	-14.2	-8.4	1.3	-15.5	0.7	-9.1
Inländische Verwendung	1890.3	1898.6	1929.0	933.2	965.4	946.0	983.0
Außenbeitrag	94.0	86.6	90.9	44.5	42.1	45.9	45.0
Exporte	713.8	732.9	766.6	363.1	369.8	373.7	392.9
Importe	619.8	646.3	675.7	318.6	327.7	327.9	347.9
<b>Bruttoinlandsprodukt</b>	1984.3	1985.2	2019.9	977.8	1007.5	991.9	1028.0
nachrichtlich:							
<b>Bruttonationaleinkommen</b>	1976.5	1975.1	2009.3	972.5	1002.7	986.8	1022.5

b) Veränderung in % gegenüber Vorjahr

Konsumausgaben	-0.1	0.9	1.2	0.9	0.9	1.1	1.2
Private Konsumausgaben 5)	-0.6	1.0	1.9	1.1	1.0	1.7	2.1
Konsumausgaben des Staates	1.5	0.5	-1.0	0.4	0.6	-0.5	-1.5
Anlageinvestitionen	-6.7	-1.3	1.8	-2.9	0.2	2.7	1.1
Ausrüstungen und sonstige Anlagen	-7.7	0.8	3.8	0.3	1.3	2.6	4.9
Bauten	-5.9	-3.0	0.1	-5.5	-0.7	2.7	-2.2
Inländische Verwendung	-1.5	0.4	1.6	0.5	0.4	1.4	1.8
Exporte	2.6	2.7	4.6	4.4	1.1	2.9	6.2
Importe	-2.1	4.3	4.6	6.3	2.4	2.9	6.2
<b>Bruttoinlandsprodukt</b>	0.2	0.0	1.7	0.1	0.0	1.4	2.0
nachrichtlich:							
<b>Bruttonationaleinkommen</b>	0.5	-0.1	1.7	0.4	-0.6	1.5	2.0

noch Bundesrepublik Deutschland: Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung

	2002 (1)	2003 (2)	2004 (2)	2003		2004 (2)	
				1.Hj (2)	2.Hj (2)	1.Hj	2.Hj

4. Preisniveau der Verwendungsseite des Inlandsprodukts (1995=100)

Veränderung in % gegenüber Vorjahr

Konsumausgaben	1.3	1.1	1.0	1.0	1.1	1.1	0.9
Private Konsumausgaben 5)	1.4	1.1	1.3	1.0	1.2	1.3	1.2
Konsumausgaben des Staates	0.8	1.0	0.1	1.1	0.9	0.2	0.0
Anlageinvestitionen	-0.1	0.1	0.5	-0.5	0.6	0.6	0.3
Ausrüstungen und sonstige Anlagen	-0.2	-0.1	0.7	-1.2	1.0	1.0	0.4
Bauten	-0.1	0.2	0.3	0.2	0.3	0.2	0.3
Exporte	0.3	-0.2	1.0	-0.4	0.0	0.8	1.1
Importe	-1.3	-1.6	-0.2	-1.5	-1.7	-1.2	0.7
<b>Bruttoinlandsprodukt</b>	<b>1.6</b>	<b>1.4</b>	<b>1.2</b>	<b>1.1</b>	<b>1.6</b>	<b>1.6</b>	<b>0.9</b>

5. Einkommensentstehung und -verteilung

a) Mrd. EUR

Primäreinkommen der privaten Haushalte	1581.8	1608.8	1641.5	786.8	822.1	806.3	835.2
Sozialbeiträge der Arbeitgeber	218.6	223.7	224.6	106.9	116.8	107.8	116.8
Bruttolöhne und -gehälter	911.5	918.0	931.2	431.5	486.5	439.0	492.2
Übrige Primäreinkommen der privaten Haushalte	451.8	467.1	485.7	248.3	218.8	259.5	226.1
Primäreinkommen der übrigen Sektoren	198.8	195.2	220.7	91.3	103.9	101.6	119.1
<b>Nettonationaleinkommen (Primäreinkommen)</b>	<b>1780.6</b>	<b>1804.0</b>	<b>1862.2</b>	<b>878.1</b>	<b>925.9</b>	<b>908.0</b>	<b>954.2</b>
Abschreibungen	318.5	322.6	328.4	161.0	161.6	163.7	164.7
<b>Bruttonationaleinkommen</b>	<b>2099.1</b>	<b>2126.6</b>	<b>2190.6</b>	<b>1039.1</b>	<b>1087.5</b>	<b>1071.7</b>	<b>1118.9</b>
nachrichtlich:							
<b>Volkseinkommen</b>	<b>1562.0</b>	<b>1577.0</b>	<b>1626.2</b>	<b>766.7</b>	<b>810.4</b>	<b>792.0</b>	<b>834.3</b>
Arbeitnehmerentgelte	1130.0	1141.7	1155.8	538.4	603.3	546.8	609.0
Unternehmens- und Vermögenseinkommen	432.0	435.3	470.4	228.3	207.1	245.1	225.3

b) Veränderung in % gegenüber Vorjahr

Primäreinkommen der privaten Haushalte	-0.1	1.7	2.0	1.3	2.1	2.5	1.6
Sozialbeiträge der Arbeitgeber	1.3	2.3	0.4	2.0	2.7	0.9	0.0
Bruttolöhne und -gehälter	0.8	0.7	1.4	0.5	0.9	1.7	1.2
Bruttolöhne und -gehälter je Beschäftigten	1.5	2.0	1.7	2.0	2.1	2.2	1.3
Nettolöhne und -gehälter je Beschäftigten	0.9	1.2	4.4	1.2	1.2	4.9	4.0
Übrige Primäreinkommen der privaten Haushalte	-2.3	3.4	4.0	2.3	4.7	4.5	3.4
Primäreinkommen der übrigen Sektoren	23.5	-1.8	13.1	5.0	-7.1	11.3	14.6
<b>Nettonationaleinkommen (Primäreinkommen)</b>	<b>2.1</b>	<b>1.3</b>	<b>3.2</b>	<b>1.6</b>	<b>1.0</b>	<b>3.4</b>	<b>3.1</b>
Abschreibungen	2.1	1.3	1.8	1.2	1.4	1.7	1.9
<b>Bruttonationaleinkommen</b>	<b>2.1</b>	<b>1.3</b>	<b>3.0</b>	<b>1.6</b>	<b>1.1</b>	<b>3.1</b>	<b>2.9</b>
nachrichtlich:							
<b>Volkseinkommen</b>	<b>2.0</b>	<b>1.0</b>	<b>3.1</b>	<b>1.2</b>	<b>0.8</b>	<b>3.3</b>	<b>2.9</b>
Arbeitnehmerentgelte	0.9	1.0	1.2	0.8	1.3	1.6	0.9
Unternehmens- und Vermögenseinkommen	5.1	0.8	8.1	2.1	-0.6	7.4	8.8

6. Einkommen und Einkommensverwendung der privaten Haushalte und priv. Org. o.E.

a) Mrd. EUR

Masseneinkommen	959.0	968.2	995.9	463.7	504.5	478.1	517.9
Nettolöhne und -gehälter	594.2	593.6	618.2	277.2	316.4	289.6	328.6
Monetäre Sozialleistungen	438.6	450.9	456.0	224.1	226.8	227.9	228.1
abz. Abgaben auf soziale Leistungen, verbrauchsnahe Steuern	73.8	76.3	78.2	37.6	38.7	39.4	38.8
Übrige Primäreinkommen der privaten Haushalte	451.8	467.1	485.7	248.3	218.8	259.5	226.1
Sonstige Transfers (Saldo)	-41.6	-40.1	-40.8	-19.0	-21.1	-21.7	-19.1
<b>Verfügbares Einkommen</b>	<b>1369.3</b>	<b>1395.3</b>	<b>1440.8</b>	<b>693.1</b>	<b>702.2</b>	<b>715.9</b>	<b>724.9</b>
Zunahme betriebl. Versorgungsansprüche	16.8	19.3	21.0	8.8	10.5	9.5	11.5
Private Konsumausgaben 5)	1241.9	1268.7	1309.2	619.5	649.3	638.4	670.9
Sparen	144.2	145.8	152.6	82.4	63.4	87.1	65.5
<b>Sparquote 7)</b>	<b>10.4</b>	<b>10.3</b>	<b>10.4</b>	<b>11.7</b>	<b>8.9</b>	<b>12.0</b>	<b>8.9</b>

b) Veränderung in % gegenüber Vorjahr

Masseneinkommen	2.0	1.0	2.9	1.1	0.9	3.1	2.6
Nettolöhne und -gehälter	0.2	-0.1	4.1	-0.3	0.1	4.5	3.8
Monetäre Sozialleistungen	4.8	2.8	1.1	3.4	2.2	1.7	0.6
abz. Abgaben auf soziale Leistungen, verbrauchsnahe Steuern	3.4	3.4	2.5	4.6	2.3	4.9	0.2
Übrige Primäreinkommen der privaten Haushalte	-2.3	3.4	4.0	2.3	4.7	4.5	3.4
<b>Verfügbares Einkommen</b>	<b>1.0</b>	<b>1.9</b>	<b>3.3</b>	<b>1.9</b>	<b>1.9</b>	<b>3.3</b>	<b>3.2</b>
Private Konsumausgaben 5)	0.8	2.2	3.2	2.1	2.2	3.1	3.3
Sparen	4.4	1.2	4.6	1.7	0.5	5.6	3.3

noch Bundesrepublik Deutschland: Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung

	2002 (1)	2003 (2)	2004 (2)	2003		2004 (2)	
				1.Hj (2)	2.Hj (2)	1.Hj	2.Hj

7. Einnahmen und Ausgaben des Staates

a) Mrd. EUR

<b>Einnahmen</b>							
Steuern	476.6	490.7	493.8	235.3	255.4	239.3	254.5
Sozialbeiträge	388.7	399.1	400.4	192.1	207.0	194.3	206.2
Vermögenseinkünfte	17.9	15.7	14.9	9.8	5.9	9.2	5.7
Sonstige Übertragungen	14.9	15.7	16.5	7.5	8.3	7.9	8.6
Vermögensübertragungen	8.8	8.4	8.2	4.1	4.3	4.0	4.2
Verkäufe	40.5	41.3	41.5	19.5	21.8	19.5	22.0
Sonstige Subventionen	0.8	0.6	0.6	0.3	0.3	0.2	0.3
<b>Einnahmen insgesamt</b>	<b>948.2</b>	<b>971.4</b>	<b>976.0</b>	<b>468.5</b>	<b>502.9</b>	<b>474.4</b>	<b>501.5</b>
<b>Ausgaben</b>							
Vorleistungen	84.3	85.3	86.3	39.4	45.9	39.9	46.4
Arbeitnehmerentgelte	165.9	167.9	166.8	78.5	89.4	78.4	88.4
Sonstige Produktionsabgaben	0.1	0.1	0.1	0.0	0.0	0.0	0.0
Vermögenseinkünfte (Zinsen)	67.2	68.6	71.4	34.1	34.5	35.3	36.1
Subventionen	30.9	29.4	28.3	13.6	15.8	13.2	15.1
Monetäre Sozialleistungen	409.9	421.6	426.0	209.6	212.0	213.0	213.0
Soziale Sachleistungen	163.1	166.7	163.1	82.1	84.7	81.2	82.0
Sonstige Transfers	35.6	38.6	42.8	18.0	20.6	20.1	22.7
Vermögenstransfers	35.3	37.9	37.7	19.9	18.0	19.5	18.2
Bruttoinvestitionen	33.7	33.0	32.4	14.3	18.7	14.8	17.7
Nettozugang an nichtprod. Vermögensgütern	-1.4	-1.4	-1.3	-0.6	-0.8	-0.6	-0.8
<b>Ausgaben insgesamt</b>	<b>1024.4</b>	<b>1047.6</b>	<b>1053.5</b>	<b>508.8</b>	<b>538.8</b>	<b>514.8</b>	<b>538.7</b>
<b>Finanzierungssaldo</b>	<b>-76.2</b>	<b>-76.2</b>	<b>-77.5</b>	<b>-40.3</b>	<b>-35.9</b>	<b>-40.4</b>	<b>-37.1</b>

b) Veränderung in % gegenüber Vorjahr

<b>Einnahmen</b>							
Steuern	0.1	3.0	0.6	3.5	2.5	1.7	-0.3
Sozialbeiträge	1.3	2.7	0.3	2.6	2.7	1.1	-0.4
Vermögenseinkünfte	-5.2	-12.5	-5.1	-16.7	-4.2	-6.1	-3.4
Sonstige Übertragungen	4.2	5.5	5.0	13.9	-1.1	5.6	4.5
Vermögensübertragungen	4.0	-4.3	-1.9	4.0	-11.2	-2.4	-1.4
Verkäufe	-0.4	2.0	0.6	2.7	1.3	0.1	1.0
Sonstige Subventionen	-	-	-	-	-	-	-
<b>Einnahmen insgesamt</b>	<b>0.5</b>	<b>2.5</b>	<b>0.5</b>	<b>2.7</b>	<b>2.2</b>	<b>1.3</b>	<b>-0.3</b>
<b>Ausgaben</b>							
Vorleistungen	3.3	1.2	1.2	1.2	1.1	1.3	1.2
Arbeitnehmerentgelt	0.6	1.2	-0.7	1.1	1.3	-0.2	-1.1
Sonstige Produktionsabgaben	-	-	-	-	-	-	-
Vermögenseinkünfte (Zinsen)	-0.9	2.1	4.1	1.8	2.4	3.7	4.6
Subventionen	-8.6	-4.9	-3.9	-4.4	-5.3	-3.1	-4.6
Monetäre Sozialleistungen	5.0	2.9	1.0	3.5	2.2	1.7	0.4
Soziale Sachleistungen	3.4	2.2	-2.2	2.4	2.1	-1.1	-3.2
Sonstige Transfers	4.8	8.4	11.0	12.3	5.2	11.6	10.4
Vermögenstransfers	-1.5	7.6	-0.6	14.0	1.3	-2.0	0.8
Bruttoinvestitionen	-5.9	-2.0	-1.6	-6.1	1.4	3.6	-5.7
Nettozugang an nichtprod. Vermögensgütern	-	-	-	-	-	-	-
<b>Ausgaben insgesamt</b>	<b>2.4</b>	<b>2.3</b>	<b>0.6</b>	<b>2.8</b>	<b>1.8</b>	<b>1.2</b>	<b>0.0</b>
nachrichtlich:							
<b>Finanzierungssaldo in % des BIP</b>	<b>-3.6</b>	<b>-3.6</b>	<b>-3.5</b>	<b>-3.9</b>	<b>-3.3</b>	<b>-3.7</b>	<b>-3.3</b>

1) Nach Angaben des Statistischen Bundesamtes (Fachserie 18: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen).

2) Prognose des ifo Instituts.

3) Veränderung der Arbeitstage voll berücksichtigt.

4) Bruttoinlandsprodukt in Preisen von 1995 je Erwerbstätigenstunde.

5) Konsumausgaben der privaten Haushalte und der privaten Organisationen ohne Erwerbszweck.

6) Einschließlich Nettozugang an Wertsachen.

7) Ersparnis in % des verfügbaren Einkommens (einschließlich der Zunahme an betrieblichen Versorgungsansprüchen).